



Presseschau vom 28.04.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andrej Koz: Her mit dem Schneidbrenner: Warum kürzt die Navy ihre Flugzeugträger-Flotte?

Es ist an der Zeit, die Navy neu zu denken, erklärt das Pentagon – und kündigt an, zwei Flugzeugträger auf einen Streich auszumustern. Was haben die amerikanischen Verteidigungsbeamten mit ihrer neuen Strategie vor? ...

<https://sptnkne.ws/Ck76>

Ilona Pfeffer: „China ist schuld“ - Handbuch für Republikaner im Wahlkampf

In dem sogenannten „Corona Big Book“ sind auf 57 Seiten die „Hauptbotschaften“ zusammengefasst, die den republikanischen Politikern helfen sollen, in der Corona-Krise immer die richtigen Argumente und Antworten parat zu haben. Die Empfehlung: Man solle nicht Trump verteidigen, sondern China angreifen. ...

<https://sptnkne.ws/CkUB>

Paul Linke: Kritik an Militärausgaben: „Aufrüstungsweltmeister Deutschland“ – Sipri-Bericht

Weltweit haben die Militärausgaben 2019 einen neuen Höchstwert erreicht. Das zeigt die aktuelle Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri. Die deutschen Ausgaben seien demnach unter den Spitzenländern prozentual am stärksten gewachsen. Das sorgt für Kritik. ...

<https://sptnkne.ws/Cmcn>

abends/nachts:

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin sieht keine Gründe, um neue Maßnahmen zu ergreifen, die den Verkehr der Einwohner zwischen den Städten und Bezirken der Republik beschränken.

„Heute gibt es keine Voraussetzungen für die Schließung von Städten. Es gab für uns die Notwendigkeit den Zugang nach Nowyj Swet zu beschränken, weil sich dort unser strategisch wichtiges Kraftwerk befindet, wir mussten die Situation mit unserem Feriengebiet regeln. Leider überwiegt der Wunsch der Menschen in Urlaub zu fahren, am Wochenende usw. besteht die Gefahr, sich mit dem Coronavirus zu infizieren. Ich wage aber zu behaupten, dass das das Maximum ist, das wir zur Beschränkung des Verkehrs zwischen den Städten und Bezirken der Republik durchführen werden“, sagte Puschilin bei einer Videokonferenz mit Aktivisten der Jugendorganisation „Molodaja Respublika“.

Nach den Worten des Oberhauptes der DVR gibt die derzeitige epidemiologische Situation keine Grundlage zur Verschärfung der Präventionsmaßnahmen.

vormittags:

de.sputniknews.com: Wo türkischer Einsatz erfolgt: Russische Militärs unternehmen Luftpatrouille in Syrien

Russische Hubschrauberpiloten unternehmen eine Luftpatrouille in der Region, wo der türkische Einsatz „Friedensquelle“ in der syrischen Provinz al-Hasaka erfolgt. Sie beobachten, dass sich Mitglieder der illegalen Einheiten nicht versammeln, wie ein Kommandeur der Mi-35-Crew gegenüber Journalisten mitteilte.

„Das Ziel der Route ist die Nachverfolgung, damit es keine Ansammlung einzelner Pick-ups, Autos von illegalen Einheiten, gibt; damit Ordnung auf der Autostraße M4, an der syrisch-türkischen Grenze herrscht“, sagte ein namentlich nicht genannter Kommandeur.

Zwei Helikopter führen demnach die Patrouille durch. Die Hauptaufgabe übernehme der Militärtransporthubschrauber Mi-8, in dem es fünf Feuerpunkte gibt. Jeder der fünf Kämpfer sei dabei für seinen Sichtbereich verantwortlich. Sie würden vom Kampfhubschrauber Mi-35 geschützt.

Vor jedem Flug sollen die Crews ihre Maschinen kontrollieren: Fahrgestell, Rumpf, Ausrüstung, Flügel und Schrauben.

Die Patrouillen erfolgen in einer Höhe von 50 Metern, um künstliche und natürliche Hindernisse zu vermeiden. Der Flug dauert demnach zwei Stunden, danach starten weitere Helikopter.

Während der jüngsten Patrouille sichteten die Crews vor allem zivilen Autotransport sowie Panzerfahrzeuge mit amerikanischen Flaggen.

„Auf diesem Abschnitt ist fast alles sauber, es gibt keine Zerstörungen, Trichter, Spuren von einem Flugwaffeneinsatz“, betonte der Kommandeur.

Türkei-Operation

Die Türkei hatte am 9. Oktober ihre seit längerem angedrohte Offensive unter dem Namen „Friedensquelle“ im Nordosten Syriens gestartet. Auf mehrere Städte der Region wurden Raketen- und Bombenangriffe geflogen. Etwas später wurde der Beginn einer Bodenoffensive angekündigt, die vor allem gegen die Kurdenmiliz YPG gerichtet war, die Ankara als einen syrischen Ableger der in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK einstuft und sie als eine Terrororganisation bekämpft.

Am 17. Oktober stellte Ankara nach Verhandlungen mit den USA die Kampfhandlungen zeitweilig ein, damit sich die Kurden-Miliz YPG aus der 30 Kilometer breiten Sicherheitszone in Nordsyrien zurückziehen könnte.

Russisch-türkische Grenzpatrouillen

Am 22. Oktober hatten Erdogan und Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen in Sotschi am Schwarzen Meer ein Memorandum über gemeinsame Handlungen zur Regelung im Nordosten Syriens angenommen. Demnach begannen die russische Militärpolizei und die türkische Armee am nächsten Tag mit dem Patrouillieren der oben genannten Sicherheitszone.



https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32200/56/322005678_0:257:3491:2142_1000x0_80_0_1_b962ebf667a9576bd986dabd182d0332.jpg.webp

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 27. April wurde kein Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: Russische Militärs machen 31 Objekte in Serbien keimfrei

Im Kampf gegen das Coronavirus haben Spezialisten aus den atomaren, biologischen und chemischen Schutztruppen der russischen Streitkräfte gemeinsam mit ihren serbischen Kollegen weitere Objekte in dem Balkanstaat desinfiziert. Das teilte das Verteidigungsministerium in Moskau am Montag mit.

„An einem Tag wurden 31 Objekte in Belgrad, Negotin und Nis keimfrei gemacht“, so das Verteidigungsministerium.

Darüber hinaus hätten russische Ärzteteams an Untersuchung und Behandlung von 44 mit dem Coronavirus infizierten Patienten in Belgrad, Cuprija und Nis teilgenommen.

In Krankenhäusern von Belgrad, Valjevo, Pancevo und Negotin hätten russische Militärärzte die epidemiologische Lage analysiert und Empfehlungen zu antiepidemischen Maßnahmen erteilt.

Bislang haben Spezialisten der atomaren, biologischen und chemischen Schutztruppen der russischen Streitkräfte nach Angaben des Verteidigungsministeriums insgesamt 121 Objekte in 25 serbischen Städten desinfiziert, während die Militärärzte mehr als 600 Covid-19-Patienten untersucht haben und in ihre Behandlung involviert waren.



https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32690/40/326904093_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_faa1892c0d37cc3ed2290cd08d2ceeb1.jpg.webp

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 27. April 3:00 Uhr bis 28. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 11. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij, Wesjoloje, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Alexandrowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde infolge von Beschuss der BFU auf die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks im Petrowskij-Bezirk von Donezk ein Schaden am Dach des Wohnhauses und der Fassade der Sommerküche in der Mamina-Sibirjaka-Straße 57a festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 89.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 88.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Trump-Berater: „China überflutet uns mit mangelhaften Corona-Tests“

Peter Navarro, der Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, hat China beschuldigt, die Vereinigten Staaten mit mangelhaften Coronavirus-Tests zu versorgen. „China überflutet uns mit mangelhaften Tests“, sagte Navarro dem Sender Fox News.

„Wir können nicht zulassen, dass China diese fiktiven gefälschten Tests schickt.“

Navarro warf China vor, aus der Corona-Krise „Kapital zu schlagen“. China habe es nicht geschafft, die Ausbreitung des Virus im eigenen Land zu hemmen, und müsse dafür bestraft werden.

Die Vereinigten Staaten sind am schlimmsten von dem Coronavirus SARS-CoV-2 betroffen,

das erstmals im Dezember 2019 in China entdeckt worden war. Nach Angaben der Johns Hopkins University (JHU) in Baltimore gab es in den USA bis Dienstagvormittag mehr als 988.400 Infektions- und 56.250 Todesfälle.

Weltweit zählt die JHU, die sich in ihren Erhebungen nicht nur auf Behördenangaben, sondern auch auf Medien stützt, bereits mehr als drei Millionen Infektionen und 211.000 Tote. Die Weltgesundheitsorganisation, die die Ausbreitung des Virus als Pandemie eingestuft hat, berichtete am Montag von knapp 2,9 Millionen bestätigten Infektions- und fast 199.000 Todesfällen weltweit.

Dnronline.su: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR elf neue Fälle von Infektionen mit COVID-19 registriert, teilte die Gesundheitsministerin Olga Dolgoschapko mit.

Damit gibt es zum Stand am 28. April, 10:00 in der DVR 89 registrierte und bestätigte Fälle von COVID-19. 78 Patienten befinden sich in Behandlung, 9 sind gesundet, es gibt zwei Todesfälle.

de.sputniknews.com: Maduro ernennt Hugo Chavez's Cousin zum Chef des staatlichen Ölkonzerns

Venezuelas Präsident Nicolas Maduro hat Asdrubal Jose Chavez Jiménez, den Cousin von Maduros 2013 verstorbenem Vorgänger Hugo Chavez zum Chef der staatlichen Ölgesellschaft Petróleos de Venezuela S.A. (PDVSA) und zum interimistischen Vize-Ölminister ernannt. Darüber schreibt die Zeitung „El Nacional“ am Dienstag.

Seit November 2017 hatte Manuel Quevedo, Generalmajor der Nationalgarde, den staatlichen Ölkonzern geleitet. Laut dem Blatt war Jiménez zuvor für das ölfördernde Unternehmen Citgo, Tochterunternehmen der PDVSA mit Sitz in den USA, zuständig gewesen.

Wie es weiter heißt, habe zudem der Minister für Industrie und nationale Produktion, Tareck El Aissami, auf Präsidentenerlass die Funktionen des interimistischen Ölministers übernommen. Dieser wird von den USA des Drogenhandels bezichtigt und im Jahr 2017 auf die Sanktionsliste gesetzt. Ende Juni 2018 verhängten die EU-Staaten gegen ihn Sanktionen. Maduro beauftragte El Aissami das Ölministerium zu reformieren, um die Energiesicherheit Venezuelas zu gewährleisten und „die Branche vor jeglicher äußeren und inneren Aggression zu schützen“.

Sanktionsverschärfung gegen Venezuela durch USA

Vor dem Hintergrund einer Sanktionsverschärfung seitens des US-Finanzministeriums gegen die Handelspartner des venezolanischen Ölunternehmens hatte Präsident Nicolás Maduro am 20. Februar den Ausnahmezustand ausgerufen und eine Reform der Ölbranche gestartet. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission zur Umstrukturierung des Unternehmens wurde damals von dem für Wirtschaft zuständigen Vizepräsidenten Tareck El Aissam geleitet.

Festnahmen in Öl- und Gaskorporation PDVSA

Am 28. Februar hatte der venezolanische Geheimdienst zwei leitende Mitarbeiter des Bereichs Versorgung und Handel der Korporation PDVSA verhaftet. Den beiden wurde zur Last gelegt, vertrauliche Informationen strategischer Art an die US-Regierung geliefert zu haben, die dadurch die Möglichkeit erhielt, die Ölbranche Venezuelas zu beeinträchtigen. Wenige Tage später wurden Umbesetzungen innerhalb der PDVSA-Leitung bekannt: Auf Präsidentenerlass wurden neue Vizepräsidenten ernannt, die für Erkundung und Förderung, Verarbeitung, Handel und Lieferungen sowie für Finanzen und Personal zuständig sind.

Am 3. März wurde wegen Diebstahls von Schmierstoffen, Ölen und Sulfonsäure der Präsident einer weiteren PDVSA-Abteilung, Oscar Rafael Aponte Landaeta, festgenommen.

Massenproteste in Venezuela

Seit Ende Januar 2019 dauern in Venezuela Massenproteste gegen den kurz davor vereidigten Präsidenten Maduro an. Der Chef der von der Opposition kontrollierten

Nationalversammlung, Juan Guaidó, erklärte sich gesetzwidrig zum kommissarischen Staatschef. Er wurde von mehreren westlichen Ländern mit den USA an der Spitze anerkannt. Im Gegenzug nannte Maduro den Parlamentspräsidenten eine US-Marionette. Russland, China, die Türkei und mehrere andere Länder unterstützten Maduro als legitimen Präsidenten. In Moskau wurde der „Präsidentenstatus“ von Guaidó als nicht existent eingestuft.



https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32643/82/326438239_0:0:3136:1696_1000x0_80_0_1_c3928a31a13de1e00de16a8396ebc908.jpg.webp

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 28.04.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden zehnmals das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kriegsverbrecher der 59. Panzergrenadierbrigade auf Befehl Schapowalows **Golmowskij** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade Mischantschuks und der 28. Brigade Martschenkos das Feuer mit 82mmMörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Alexandrowka, Wesjoloje, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und das **Gelände des Donezker Flughafens** eröffnet. Infolge des Beschusses der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks wurde ein Wohnhaus in der Mamina-Sibirjaka-Straße 57 beschädigt.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss von Ortschaften wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure der BFU Schapowalow, Mischantschuk und Martschenko hinzuzufügen.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste des Gegners** in der OOS-Zone, die vom Kommando der BFU befördert werden. In den letzten 24 Stunden wurde im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ein Kämpfer verletzt. Während der Kontrolle des Dienstes auf den Positionen des 15. Batqailions der 58. Brigade im Gebiet von Dserschinsk entdeckte Oberleutnant Jurotschek ihm unterstellte Soldaten beim Trinken von Alkohol. Da er mit den inadäquaten Kämpfern keine gemeinsame Sprache fand,

berichtete er dem Bataillonskommandeur telefonisch über den Fall von Verletzung der militärischen Disziplin. Als er von dem Bericht hörte, setzte einer der Regelverletzer, um seinen Absichten Nachdruck zu verleihen, eine RGD-5-Granate ein, infolge von deren Detonation erlitt Jurotschek zahlreiche Splitterverletzungen. Um den Vorfall zu verheimlichen, befahl der Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko den Oberleutnant als jemanden darzustellen, der durch Beschuss verletzt wurde, einschließlich der Zahlung aller vorgesehenen Kompensation, und ihn auch für eine Auszeichnung der Streitkräfte vorzuschlagen.

Uns wurde von einem Konflikt zwischen Vertretern des militärischen Rechtsordnungsdienstes und Soldaten der 10. Brigade der BFU bekannt. Während einer Patrouille im Gebiet von Schirokono wurde an einem Checkpoint der ukrainischen Streitkräfte ein ziviles Fahrzeug von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgehalten, das ein Soldat der 10. Gebirgstruppenbrigade lenkte. Bei einer Durchsuchung des Fahrzeugs wurden 500 Gramm Amphetamine, zwei AK-74-Maschinenpistolen Nr. 8761332 und Nr. 1688732, zwei Pistolen „Makarowa“ Nr. BP 8467, BE 7432 sowie etwa 2000 Patronen für Maschinenpistolen entdeckt.

Am Ort des Geschehens traf der Brigadekommandeur Subanitsch in Begleitung einer Reservegruppe auf einem Schützenpanzer ein, um den Konflikt zu klären, aber er konnte die Vertreter des militärischen Rechtsordnungsdienstes nicht davon überzeugen, die Augen vor der gefährlichen Ladung zu verschließen, danach befahl Subanitsch zum Zweck der Einschüchterung, die Schützenpanzerwaffen auf das Fahrzeug der Patrouille des militärischen Rechtsordnungsdienstes zu richten und zwang sie so, das Gebiet zu verlassen.

Die Soldaten des militärischen Rechtsordnungsdienstes berichteten der Führung über den Vorfall, im Zusammenhang damit führt der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ derzeit eine Ermittlung durch, bei der festgestellt wurde, dass der genannte Checkpoint illegal eingerichtet wurde. Im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ gibt es keine Information über dessen Existenz, was es dem Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ erlaubt anzunehmen, dass der Checkpoint vom Kommandeur der 10. Gebirgstruppenbrigade Subanitsch eingerichtet wurde, um die Kanäle für Waffen- und Drogenschmuggel zu kontrollieren.

Derzeit werden gegenüber Subanitsch Ermittlungsmaßnahmen bezüglich des Vorfalls mit den Soldaten des militärischen Rechtsordnungsdienstes durchgeführt.

Die Personalausstattung der Verbände und Truppenteile der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ beträgt nach wie vor nicht mehr als 60%. Wie wir früher schon mitgeteilt haben, fliehen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte vor der Willkür und der Erniedrigung durch ihre Kommandeure und vor den nicht zufriedenstellenden Lebensbedingungen.

Ein weiterer Soldat der ukrainischen Streitkräfte hat sich an uns um Hilfe gewandt, im Zusammenhang damit haben die militärischen Behörden der Republik gemeinsam mit der Volksmiliz der DVR eine erfolgreiche Operation zur Gewährleistung des Übergangs von Anatolij K. auf unser Territorium durchgeführt. Sein Leben wird nun durch nichts bedroht. Er befindet sich zurzeit in Quarantäne.

Von ihm wurde auch bekannt, dass in der nächsten Zeit noch einige Soldaten seinem Beispiel folgen werden.

de.sputniknews.com: **Paar durch Granatenexplosion in Wohnhaus in Kiew verletzt**

Zwei Menschen sind bei der Explosion einer Handgranate in einem mehrstöckigen Wohnhaus in Kiew verletzt worden. Wie die Polizei der ukrainischen Hauptstadt am Dienstag mitteilte, wurde die Explosion offenbar aus Versehen ausgelöst. Dem Besitzer der Granate drohen bis zu sieben Jahre Haft.

Nach Erkenntnissen der Beamten hatte ein 29-Jähriger am späten Montagabend zusammen

mit zwei Bekannten auf dem Treppenabsatz seines Hauses Alkohol konsumiert. Dann sei er in seine Wohnung gegangen und mit einer Handgranate zurückgekommen, um sie den Freunden zu zeigen. Kurz danach sei unter ungeklärten Umständen der Sicherungsstift entfernt worden.

Durch die ausgelöste Explosion wurde nach Angaben der Polizei der Besitzer der Granate schwer verletzt und musste ins Krankenhaus gebracht werden, seine Frau, die gerade aus der Wohnung kam, habe leichte Verletzungen erlitten. Die anderen Männer konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Die Polizei ermittelt wegen illegalen Umganges mit Munition. Darauf stehen nach ukrainischem Recht bis zu sieben Jahre Haft.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A.**

Osadtschij

Nach Informationen von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der BFU festgestellt.

Trotz des Waffenstillstands **stationiert das Kommando der OOS weiter schwere Technik in Wohngebieten.**

Im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade in der Nähe von Orechowo haben ukrainische Kämpfer einen Schützenpanzer und eine Radarstation zur Artilleriebekämpfung AN/TPQ-36 stationiert. Außerdem wurde in der Nähe von Gorskoje die Stationierung von einer 152mm-Haubitze „Msta-B“ festgestellt.

Gemäß Informationen unserer Quelle haben sich Einwohner von Orechowo, die mit der Stationierung der Radarstation AN/TPQ-36 unzufrieden sind, an den Kommandeur der 93. Brigade mit der Bitte gewandt, sie aus der Ortschaft abzuziehen, weil eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustands seit der Stationierung der Station in der Nähe ihrer Wohnhäuser zu beobachten ist.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade in der Nähe von Troizkoje hat unsere Aufklärung zwei Schützenpanzerwagen entdeckt.

Im Verantwortungsbereich der 30. Brigade in der Nähe von Solotoje wurde die Stationierung von vier Schützenpanzerwagen festgestellt.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen und über alle solche Fälle die OSZE-Beobachter zu informieren.

Um eine Entdeckung der Technik der BFU, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu verhindern, schaffen die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für Drohnen der OSZE-Mission**, die über von den BFU besetzten Territorien Flüge absolvieren. Es wurde die Aktivität einer mobilen Gruppe der elektronischen Kriegsführung aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegsführung im Verantwortungsbereich der 59. Brigade festgestellt, die die Navigationskanäle einer Drohne der Mission in Troizkoje blockierte. Die Drohne musste ihren Flug einstellen. ...

de.sputniknews.com: **Chinesische Stadt Wuhan öffnet ihre Hauptsehenswürdigkeit**

Im chinesischen Wuhan, das das Epizentrum des neuartigen Coronavirus war, soll eine der wichtigsten Attraktionen der Stadt wieder zugänglich sein, wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldet.

In der schwer vom Coronavirus betroffenen Stadt wird am 29. April die Pagode des gelben Kranichs wieder geöffnet.

Der malerische Park ist von 08:30 bis 17:00 für Touristen zugänglich. Täglich dürfen ihn nicht mehr als 5400 Gäste besuchen.

Die Besucher können Tickets im Voraus online kaufen und ihren Ausweis oder den QR-Code beim Eintritt scannen, nachdem die Temperatur gemessen und der grüne Gesundheitscode gewährleistet worden ist. ...



https://cdnde7.img.sputniknews.com/img/32698/16/326981660_0:353:3072:2015_1000x0_80_0_1_6c28a9e061312073b5ff9b053ba26c5b.jpg.webp

Lug-info.com: Bis zum 28. April wurden **in der LVR 119 Fälle von Infektion mit COVID-19 bestätigt**, wovon einer tödlich verlief, teilte die Gesundheitsministerin der LVR Natalija Paschtschenko mit.

Besonders hohe Fallzahlen sind in Perwomajsk, Stachanow, Swerdlowsk, Altschewsk, Brjanka, Perewalsk festzustellen.

Seit dem 22. April wurden täglich mehr als 10 neue Fälle festgestellt, am 25. April 31 Fälle. Dies macht neue Maßnahmen notwendig.

Dies betrifft die Schließung von Restaurants, von Geschäften, die keine Lebensmittel verkaufen usw.

Die noch schärferen Maßnahmen in Antrazit und Krasnyj Lutsch haben Erfolge gezeigt, was es ermöglicht, diese nun zu lockern.

ukrinform.de: „Das ist ein historischer Moment“: Präsident Selenskyj unterzeichnet Gesetz über Bodenhandel

Der Präsident der Ukraine Wolodymyr Selenskyj hat das Gesetz „Über Änderungen in den Gesetzen der Ukraine bezüglich des Umlaufs landwirtschaftlicher Flächen“ unterzeichnet. Das wird auf der Webseite des Büros der Präsidenten der Ukraine mitgeteilt.

„Das ist ein historischer Moment für alle Ukrainer und für mich persönlich. Die Ukraine wartete auf dieses Gesetz seit dem Erlangen der Unabhängigkeit. Der Kampf war nicht leicht. Aber wir haben gewusst, dass wir das für die Ukrainer tun“, betonte der Präsident.

Das Gesetz, das das Moratorium für den Handel mit Agrarflächen aufhebt, wurde vom Parlament am 31. März 2020 verabschiedet.

Nach dem Gesetz dürfen ab 1. Juli 2020 ausschließlich Bürger der Ukraine Agrarflächen bis 100 Hektar erwerben. Ab 1. Januar 2024 ist es auch juristischen Personen, die den Bürgern der Ukraine gehören, erlaubt, bis 10.000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen zu erwerben. Den Verkauf von staatlichen und kommunalen Flächen ist verboten. Für Ausländer bleibt den Kauf von Agrarland vorerst untersagt. Das Gesetz sieht vor, dass die Ukrainer über diese Frage im Referendum entscheiden werden.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_06/thumb_files/630_360_1528286680-3288.jpg

Lug-info.com Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik über die Einführung eines Regimes der strengen Selbstisolierung

Sehr geehrte Bürger der Lugansker Volksrepublik!

Im Zusammenhang mit der sich verschlechternden epidemiologischen Lage hat die außerordentliche sanitär-epidemiologische Kommission entschieden, vom 1. bis 12. Mai ein strenges Regime der Selbstisolierung der Bürger auf dem ganzen Territorium der LVR einzuführen. Dieser Zeitraum ist notwendig, um die Kette der Ausbreitung der Coronavirusinfektion zu durchbrechen.

Vom 1. bis zum 12. Mai gilt ein Verbot für jegliche Art von Passagierbeförderung. Ausnahmen sind Spezialtransporte, Notfälle und Transporte zur Lieferung von Lebensmitteln. Dabei verbieten wir nicht den Verkehr von Bürgern mit eigenen Fahrzeugen, das darf aber nicht missbraucht werden.

Die Unternehmen, deren Tätigkeit nicht unterbrochen ist, werden weiterarbeiten. Die Beförderung der Mitarbeiter zum Arbeitsplatz muss von den Leitern dieser Unternehmen gewährleistet werden.

Die Post der LVR wird weiter alle Postdienstleistungen anbieten, insbesondere die Auszahlung von Renten, Überweisungen, soziale und Versicherungszahlungen, Annahme aller Arten von Zahlungen. Finanzoperationen der staatlichen Bank werden auch fortgesetzt.

Ab dem 13. Mai wird die Republik praktisch vollständig zum jetzigen Zustand zurückkehren. Märkte werden geöffnet, die Passagierbeförderung wird wieder aufgenommen.

Ich gehe gesondert auf zwei Momente ein. Das erste - die Wiederaufnahme der Arbeit der Unternehmen im Bereich von sozialen und Alltagsdienstleistungen wird gesondert von der außerordentlichen Kommission behandelt werden. Das zweite – wenn es in irgendeiner Region der LVR nicht gelingt, die Situation mit der Verbreitung des Coronavirus zu durchbrechen, so werden dort die Beschränkungsmaßnahmen fortgesetzt werden.

Ich wende mich auch an die Leiter der Lebensmittelketten. Vom Niveau Ihrer Verantwortlichkeit hängen Gesundheit und Leben von Bürgern der Republik ab.

Prophylaktische Maßnahmen, die gemäß den Regeln der sanitär-epidemiologischen Station durchgeführt werden, müssen in vollem Maße umgesetzt werden. Eine analoge Anweisung erteile ich den Leitern der Territorien: die Desinfektion von öffentlichen Orten ist Ihre vorrangige Aufgabe während des Zeitraums der Selbstisolierung der Bürger.

Liebe Landsleute! Ich bitte jeden, sich mit Verständnis gegenüber der Lage zu verhalten und nicht seine Gesundheit zu gefährden. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen werden wir die

Ausbreitung der Coronavirusinfektion stoppen.

de.sputniknews.com: **Kreml-Sprecher nennt einzig mögliche Variante zur Konfliktregelung in Libyen**

Die einzig mögliche Variante zur Konfliktregelung in Libyen sind laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow politisch-diplomatische Kontakte zwischen allen in den Konflikt verwickelten Parteien.

„In Moskau ist man nach wie vor davon überzeugt, dass politisch-diplomatische Kontakte, in erster Linie zwischen allen Konfliktparteien, die einzig mögliche Regelung in Libyen sein können“, sagte Peskow am Dienstag gegenüber Journalisten in Bezug auf die jüngste Erklärung des Befehlshabers der Libyschen Nationalarmee (LNA), Marschall Chalifa Haftar. Laut Peskow unterhält Russland weiter Kontakte mit allen Teilnehmern des Libyen-Prozesses und vertritt die Meinung, dass es keine anderen Optionen zur Konfliktlösung des Libyen-Problems gebe.

Am Montag hatte der Befehlshaber der Libyschen Nationalarmee (LNA), Marschall Chalifa Haftar, den Ausstieg aus dem libyschen politischen Abkommen vom Jahr 2015 verkündet, die die Bildung der Regierung der nationalen Einheit zur Folge hatte. Nun solle die Regierung des Landes Haftar zufolge an die Armee übergehen.

Abkommen von Skhirat

Die Bildung der Regierung der nationalen Einheit war nach der Unterzeichnung des sogenannten Abkommens von Skhirat im Jahr 2015 – zu den Ergebnissen der innerlibyschen Verhandlungen in der marokkanischen Stadt Skhirat – möglich.

Mit diesem Dokument sollten Grundlagen für eine politische Regelung in Libyen gelegt werden. Trotz der Anstrengungen von Geberländern (Tunesien, Italien und Algerien) und von UN-Sonderbeauftragten wurden diese Beschlüsse jedoch nicht in die Tat umgesetzt.

Am vergangenen Donnerstag hat Kalifa die Bürger Libyens dazu aufgerufen, das im Jahr 2015 erzielte politische Abkommen abzulehnen. Der Chef des Parlaments im Osten Libyens, Aqila Saleh, hat eine neue Initiative zur politischen Regelung im Land vorgelegt. Das Dokument sehe eine Roadmap vor, die aus mehreren Punkten bestehen und die Bildung eines neuen Präsidentenrates mit einschließen würde.

Situation in Libyen

Nach dem Sturz und der Ermordung des libyschen Staatschefs Muammar Gaddafi im Jahr 2011 hat Libyen praktisch aufgehört, als ein einheitlicher Staat zu existieren. Heute herrscht im Land Biarchie. Im Osten tagt das vom Volk gewählte Parlament und im Westen – in der Hauptstadt Tripolis – regiert die mit Unterstützung der Uno und der Europäischen Union gebildete Regierung der Nationalen Einheit. Die Behörden des Ostteils des Landes agieren unabhängig von Tripolis und kooperieren mit der Libyschen Nationalarmee.

Infolge der Doppelherrschaft und des Scheiterns des Sicherheitssystems Libyens haben bewaffnete Rebellengruppierungen und Terrororganisationen ihre Aktivitäten verstärkt. Das Land verwandelte sich in ein Schmuggelzentrum und einen Umschlagplatz für illegale Migranten, die von Afrika nach Europa ziehen.

Haftar startete im April 2019 eine Offensive gegen Tripolis, um die Stadt „von den Terroristen zu befreien“. Die der Regierung in Tripolis treuen bewaffneten Formationen kündigten eine Gegenoperation mit der Bezeichnung „Vulkan des Zorns“ an. In den vergangenen Monaten sind in der Region Hunderte Menschen getötet und Tausende verletzt worden.



https://cdn7.img.sputniknews.com/img/32401/57/324015719_0:73:4225:2355_1000x0_80_0_1_611807b5258d49b5f96a0b0f85220ef4.jpg.webp

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie gerade mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 17:50 Uhr das Feuer mit Antipanzergranatwerfern auf **Staromichajlowka** eröffnet.

Infolge des Beschusses entstand ein Brand an einem Wohnhaus in der Shukowskij-Straße 40. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2 AG kommentiert Polens Absicht zur Sperrung ihrer Aktiva**

Die Nord Stream 2 AG, die die Nord-Stream-2-Pipeline betreibt, hat am Dienstag gegenüber der Agentur RIA Novosti die Absicht Polens kommentiert, ihre Aktiva zu sperren. Der Betreiber weiß nach eigenen Worten nichts von solchen gerichtlichen Verfahren, die es Polen ermöglichen würden, das Projekt ins Stocken zu bringen.

„Die Nord Stream 2 AG weiß nichts von jenen gerichtlichen Verfahren, die die Aktiva des Unternehmens und folglich das Projekt beeinflussen könnten“, betonte der Pressedienst des Betreibers.

Stockholmer Schiedsgericht

Ende März hatte der staatliche polnische Gaskonzern PGNiG nach eigenen Angaben ein Verfahren vor dem Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer gegen den russischen Energieriesen Gazprom gewonnen.

Der Entscheidung des Schiedsgerichts zufolge müsse der russische Monopolist die Preise rückwirkend ab November 2014 senken, teilte das polnische Unternehmen mit. Nach Schätzungen von PGNiG muss Gazprom einen Betrag von 1,5 Milliarden US-Dollar (1,3 Milliarden Euro) zurückerstatten.

Zuvor hatte der polnische Vizeminister für Staatsaktiva, Janusz Kowalski, gegenüber dem Portal „Wprost“ erklärt, er trete für die Sperrung der Aktien der Nord Stream AG und der Nord Stream 2 AG ein, sollte Gazprom den auf Beschluss des Stockholmer Schiedsgerichts zustehenden Betrag PGNiG nicht zahlen. Dies könne ihm zufolge den Bau der Nord-Stream-2-Pipeline ins Stocken bringen.

Sanktionen gegen Nord Stream 2

Ende 2019 verabschiedeten die USA ein Verteidigungsbudget, das auch Sanktionen gegen Unternehmen vorsieht, die an der Umsetzung des Pipelineprojekts „Nord Stream 2“ beteiligt sind. Das schweizerische Unternehmen Allseas kündigte fast sofort die Einstellung der Arbeit in der Ostsee an.

Danach betonte der Chef des russischen Energieministeriums, Alexander Nowak, dass die

russische Seite die „Akademik Tscherski“ als eine mögliche Option für die Fertigstellung des Pipelinebaus betrachte. Die Vorbereitung des Schiffes werde jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Am 19. April teilte das Portal Myshiptracking mit, das das Rohrverlegeschiff „Akademik Tscherski“ den Hafen von Las Palmas auf den Kanarischen Inseln verlassen und sich zur ägyptischen Hafenstadt Port Said begeben habe. Das Schiff verließ den russischen Pazifikhafen Nachodka Mitte Februar und fuhr nach Singapur. Danach wechselte es wiederholt seinen Bestimmungsort.

Deutschland unterstützt Pipelineprojekt

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte Anfang Januar geäußert, Russland sei in der Lage, Nord Stream 2 mit eigenen Kräften zu bauen. Wegen der US-Sanktionen würden die Termine um einige Monate verschoben. Bis Ende des laufenden Jahres oder im ersten Quartal 2021 solle die Gasleitung fertig sein.

Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigte bei ihrem Arbeitsbesuch in Russland im Januar das Gaspipelineprojekt: Die Pipeline sei durch die neue europäische Gesetzgebung legitimiert und es würden nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten davon profitieren, sagte sie und betonte, es handle sich bei Nord Stream 2 um ein rein wirtschaftliches Projekt.

Nord Stream 2-Projekt

Die Pipeline Nord Stream 2 soll bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich aus Russland in die EU durch zwei parallel verlaufende Stränge von mehr als 2400 Kilometer Gesamtlänge pumpen. Die Leitung verläuft durch das Territorialgewässer Russlands, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands.

Einige Staaten, insbesondere die Ukraine, Litauen, Lettland, Polen und die USA, machen Front gegen das Projekt. Kiew hatte Angst, Einnahmen aus dem Transit von russischem Gas zu verlieren, und Washington ist daran interessiert, sein eigenes Flüssiggas auf den europäischen Markt zu bringen.

abends:

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Vor dem Hintergrund des weltweiten Kampfes gegen die Coronavirus-Epidemie setzen die ukrainischen Kämpfer den Terror gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass fort.

Die Strafruppen wählen als Ziele ausschließlich Wohngebiete von Ortschaften der Republik, weil sie wissen, dass sich die Mehrzahl der Einwohner in ihren Häusern befindet, um sich zu isolieren und die Verbreitung der Erkrankung zu verhindern.

Kämpfer der 28. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko mit Antipanzergranatwerfern das Feuer auf **Staromichajlowka** eröffnet. Infolge des Beschusses wurden Schäden an einem Wohnhaus in der Shukowskij-Straße 40 festgestellt.

Diese verbrecherischen Handlungen zeigen ein weiteres Mal den Zynismus und die Hartnäckigkeit der Kämpfer, für die es keine Normen der Moral und des Humanismus gibt. Alle Verletzungen des humanitären Rechts werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher Martschenko hinzuzufügen.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, den weiteren Fall von Kriegsverbrechen der bewaffneten Formationen der Ukraine

de.sputniknews.com: **Lawrow zu Vorwürfen gegen Russland wegen Corona-Fakes:**

„Kann sie nicht einmal kommentieren“

Die Europäische Union hat laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow bislang keine Bestätigung für Russlands angebliche „Desinformationen“ über die Coronavirus-Pandemie vorgelegt.

„Was die Erklärungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes angeht – über die Fehlinformationen, die unsere Länder angeblich über alles, was mit dem Coronavirus passiert, verbreiten – kann ich sie nicht einmal richtig kommentieren, denn wir erhielten keine einzige Tatsache, die solche Erklärungen bestätigen würde“, sagte Lawrow nach einem informellen BRICS-Außenministerrat.

Wie der russische Chefdiplomat betonte, braucht Moskau keine Beweise, da „westliche Kollegen zunehmend versuchen, einige Motive zu finden, die sie in ihrer Fabelei über die russische oder eine andere Bedrohung vereinen“.

Ende März hatte US-Außenminister Mike Pompeo Russland, China und den Iran beschuldigt, Fehlinformationen über den Kampf der USA gegen die Epidemie verbreitet zu haben. Darüber hinaus erschienen in den westlichen Medien Berichte, dass die russischen Behörden über die sozialen Netzwerke Verschwörungstheorien über die Entstehung des Virus verbreiten, das angeblich mit Hilfe der US-Geheimdienste entwickelt worden sei. Das russische Außenministerium bezeichnete diese Anschuldigungen als „absichtliche Fehlinformation“.

mil-lnr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Die militärisch-politische Führung der Ukraine unterlässt die Versuche nicht, im Vorfeld der Videokonferenz der Außenminister des „Normandie-Formats“ die Lage im Donbass zu destabilisieren und die Einheiten der Volksmiliz zu diskreditieren .

Heute um 16:10 Uhr haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Garas **Solotoje-5** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Während des Beschlusses wurden vier Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt: drei Wohnhäuser in der Proiswodstwennaja-Straße 3 und 26, der Swerdlow-Straße 17, eine Elektrounterstation des Bergwerks „Perwomajskaja“ und das Gebäude der Schule Nr. 4. Nur dank der Einhaltung der Selbstisolierung gelang es, Opfer unter den Schülern und Lehrern der Schule zu vermeiden.

Um 16:35 Uhr haben dann Kämpfer der 93. Brigade auf Befehl von Bryshinskij von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje **Donezkij** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Infolge des Beschlusses entstand ein Brand an den Wohnhäusern in der Tschapajew-Straße 5 und 3, außerdem wurde das Dach des Wohnhauses in der Nabereshnaja-Straße 35 beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Nach Informationen unserer Quellen führt der Gegner provokativen Beschuss aus, um **inszenierte Videoreportagen** zu erstellen, **in denen ukrainische Propagandisten die Einheiten der Volksmiliz der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen beschuldigen wollen**. Um die Informationskampagne durchzuführen, sind im Verantwortungsbereich der 93. und der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Journalisten der Fernsehsender „1+1“, „112 Ukraina“ und „5. Kanal“ eingetroffen. Zur Gewährleistung der Tätigkeit der Journalisten arbeitet auf Anweisung des Kommandeurs der OOS Krawtschenko im Verantwortungsbereich der Verbände eine gemischte Gruppe von Offizieren des 72. und des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen. Außerdem wurde uns bekannt, dass für die Arbeit in der Zone der Strafoperation vom Kommando der OOS weitere neun ukrainische und zwei ausländische Fernsehsender herangezogen wurden darunter: TRK „Ukraina“, TRK „Donbass Online“, die Fernsehsender „1+1“, „5. Kanal“, „112 Ukraina“, „Newsone“, „Inter“, „UA Donbass“, „SLM Nowyny“, „Fakty ICTV“, „TCH Tyshden“, „Dom“ sowie die Agenturen

„France Presse“ (Frankreich) und „Polaris“ (USA).

Die Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien werden der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Kommandeure der 30. und 93. Brigade Garas und Bryshinskij sowie der ihnen untergebenen Soldaten hinzuzufügen.

Wir rufen die Mitarbeiter der OSZE-Mission auf, die notwendige Aufmerksamkeit auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu richten, die Besorgnis hervorrufen und den Unwillen der politischen Führung der Ukraine demonstrieren, Schritte in Richtung einer friedlichen Regelung des Konflikts zu tun.